



CDU-Fraktion im Rat  
der Stadt Wuppertal



FDP-Fraktion im  
Rat der Stadt  
Wuppertal

An  
Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Hans Kremendahl  
Rathaus, Wegnerstr. 7

42275 Wuppertal

Datum 24.05.2004

Drucks. Nr. VO/3037/04  
öffentlich

### Gemeinsamer Antrag

---

Zur Sitzung am <b>24.05.2004</b>	Gremium <b>Rat der Stadt Wuppertal</b>
-------------------------------------	---

---

### Für Ausbildungsplätze - gegen Ausbildungsplatzabgabe

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal beantragen, der Rat der Stadt Wuppertal möge in seiner Sitzung am 24.05.04 folgendes beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal spricht sich im eigenen, vor allem aber im Interesse der Wuppertaler Wirtschaft gegen die Einführung einer sog. Ausbildungsplatzabgabe aus und fordert den Deutschen Bundestag, den Bundesrat und die Bundesregierung auf, das hierauf gerichtete Gesetz nicht zustande kommen zu lassen.

Begründung:

1. Die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe führt zu einer schleichenden Verstaatlichung der Berufsbildung. Das bewährte System der betrieblichen Ausbildung blutet aus. Der europäische Vergleich zeigt, daß in staatlichen Ausbildungssystemen die Jugendarbeitslosigkeit höher liegt.
2. Bei schulischer Ausbildung entfällt die Grundlage für eine Ausbildungsvergütung.
3. Die Ausbildungsplatzabgabe ist administrativ nicht handhabbar. Eine zentralistische Lösung geht an den Problemen regionaler Ausbildungsmärkte vorbei.
4. Die Ausbildungsplatzabgabe erfordert einen hohen bürokratischen Aufwand. Zudem müsste künftig mit der Abgabe bezahlt werden, was heute ehrenamtlich geschieht.

5. Die Ausbildung in Betrieben wird zurückgehen.  
(Quelle: Deutscher Industrie- und Handelskammertag DIHK)

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Henke  
– Fraktionsvorsitzender –

Bernhard Simon  
– Fraktionsvorsitzender –